

## Gesetzentwurf

der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### Landesgesetz über die freiwillige Bildung der neuen Verbandsgemeinde Eich-Osthofen

#### A. Problem und Regelungsbedürfnis

Im Zuge der Kommunal- und Verwaltungsreform sollen die Gebiets- und Verwaltungsstrukturen auf der Ebene der verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden optimiert werden.

Ziel ist eine weitere Steigerung der Leistungsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Verwaltungskraft von verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden.

Eine Optimierung kommunaler Gebietsstrukturen soll durch Gebietsänderungen erreicht werden.

Bei der Kommunal- und Verwaltungsreform wird verstärkt auf freiwillige Gebietsänderungen gesetzt. In einer für die Kommunen mit vielfältigen Vorteilen verbundenen, bis zum 30. Juni 2012 laufenden Freiwilligkeitsphase können verbandsfreie Gemeinden und Verbandsgemeinden Gebietsänderungen initiieren.

Die verbandsfreie Stadt Osthofen und die Verbandsgemeinde Eich streben im gemeindlichen Interesse und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger die Bildung einer neuen Verbandsgemeinde an. Sie möchten frühzeitig Maßnahmen ergreifen, um den Herausforderungen der Zukunft aktiv zu begegnen.

Die verbandsfreie Stadt Osthofen und die Verbandsgemeinde Eich zielen zudem auf verstärkte Kooperationen miteinander im Vorfeld der Bildung einer neuen Verbandsgemeinde ab.

In übereinstimmenden Beschlüssen haben der Stadtrat Osthofen und der Verbandsgemeinderat Eich ihren Willen zur freiwilligen Bildung einer neuen Verbandsgemeinde sowie zu verstärkten Kooperationen vor dieser Gebietsänderung erklärt.

Vorausgegangen sind intensive Verhandlungen zwischen der Stadt Osthofen und der Verbandsgemeinde Eich.

Die Verhandlungsergebnisse enthalten zwei von den beiden kommunalen Gebietskörperschaften am 3. November 2011 abgeschlossene Vereinbarungen.

In die Diskussionen über freiwillige Gebietsänderungen der verbandsfreien Stadt Osthofen und der Verbandsgemeinde Eich sind die Bürgerinnen und Bürger einbezogen worden.

Für die Bildung einer neuen Verbandsgemeinde aus der verbandsfreien Stadt Osthofen und der Verbandsgemeinde Eich bedarf es eigenständiger landesgesetzlicher Regelungen. Gleiches gilt für spezifische Festlegungen im Zusammenhang mit dieser Maßnahme und für verstärkte Kooperationen zwischen der verbandsfreien Stadt Osthofen und der Verbandsgemeinde Eich im Vorfeld der Gebietsänderung.

7 2



## Begründung

## A. Allgemeines

Die verbandsfreie Stadt Osthofen und die Verbandsgemeinde Eich im Landkreis Alzey-Worms möchten möglichst frühzeitig Maßnahmen ergreifen, um den Herausforderungen der Zukunft aktiv zu begegnen. Vor allem die demografischen Entwicklungen mit zurückgehenden Einwohnerzahlen, einer zunehmenden Zahl älterer Menschen und einer abnehmenden Zahl jüngerer Menschen und technische Fortschritte werden das Bild der Gesellschaft und auch das Anforderungsprofil an die Kommunen und ihre Verwaltungen erheblich verändern.

Vor dem Hintergrund streben die verbandsfreie Stadt Osthofen und die Verbandsgemeinde Eich eine Gebietsänderung im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform durch die Bildung der neuen Verbandsgemeinde Eich-Osthofen an. Sie möchten die Freiwilligkeitsphase der Kommunal- und Verwaltungsreform und die damit verbundenen Vorteile und Chancen nutzen.

Die Stadt Osthofen hatte am 30. Juni 2009 nach den Daten des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz 8 229 Einwohnerinnen und Einwohner. Das Gebiet der Stadt Osthofen umfasst eine Fläche von 19 Quadratkilometern.

Die Verbandsgemeinde Eich hatte am 30. Juni 2009 laut den Daten des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz 12 525 Einwohnerinnen und Einwohner. Sie erstreckt sich auf einer Fläche von 68 Quadratkilometern. Die Verbandsgemeinde Eich besteht aus fünf Ortsgemeinden. Dabei handelt es sich um die Ortsgemeinden Alsheim (2 607 Einwohnerinnen und Einwohner), Eich (3 244 Einwohnerinnen und Einwohner), Gimsheim (2 938 Einwohnerinnen und Einwohner), Hamm am Rhein (2 213 Einwohnerinnen und Einwohner) und Mettenheim (1 523 Einwohnerinnen und Einwohner).

Die aus der verbandsfreien Stadt Osthofen und der Verbandsgemeinde Eich gebildete neue Verbandsgemeinde Eich-Osthofen wird etwa 20 750 Einwohnerinnen und Einwohner, eine Fläche von 87 Quadratkilometern und sechs Ortsgemeinden haben.

§ 2 Abs. 2 Satz 1 des Landesgesetzes über die Grundsätze der Kommunal- und Verwaltungsreform (KomVwRGrG [Artikel 1 des Ersten Landesgesetzes zur Kommunal- und Verwaltungsreform vom 28. September 2010 – GVBl. S. 272 –]) geht davon aus, dass in der Regel verbandsfreie Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern und Verbandsgemeinden mit mindestens 12 000 Einwohnerinnen und Einwohnern eine ausreichende Leistungsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Verwaltungskraft haben. Maßgebend ist nach § 2 Abs. 2 Satz 2 KomVwRGrG die vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz zum 30. Juni 2009 festgestellte amtliche Zahl der Personen, die mit alleiniger Wohnung oder, sofern eine Person mehrere Wohnungen hat, mit ihrer Hauptwohnung in der verbandsfreien Gemeinde oder der Verbandsgemeinde gemeldet sind.

Der Stadtrat Osthofen hat mit Beschluss vom 26. September 2011 seinen Willen zur freiwilligen Bildung der neuen Verbandsgemeinde Eich-Osthofen zum 1. Juli 2014 erklärt. Ein entsprechender Beschluss ist am 28. September 2011 vom Verbandsgemeinderat Eich gefasst worden.

Gleichzeitig haben der Stadtrat Osthofen und der Verbandsgemeinderat Eich dem Abschluss einer schriftlichen Vereinbarung über die freiwillige Bildung der neuen Verbandsgemeinde Eich-Osthofen sowie einer schriftlichen Vereinbarung über verstärkte kommunale Kooperationen zwischen den beiden kommunalen Gebietskörperschaften im Vorfeld der freiwilligen Bildung der neuen Verbandsgemeinde Eich-Osthofen, das heißt in der Zeit vom 1. April 2012 bis zum 30. Juni 2014, zugestimmt.

Die Vereinbarungen vom 3. November 2011 enthalten Näheres zu der freiwilligen Gebietsänderung und den verstärkten kommunalen Kooperationen.

Sie basieren auf intensiven Verhandlungen, die im Wesentlichen in jeweils einer Kommission der Stadt Osthofen und der Verbandsgemeinde Eich geführt worden sind. Die Kommission der Stadt Osthofen hat sich aus dem Beauftragten und dem Ersten Beigeordneten der Stadt Osthofen sowie den Fraktionsvorsitzenden und dem fraktionslosen Mitglied im Stadtrat Osthofen zusammengesetzt. Angehörige der Kommission der Verbandsgemeinde Eich sind der Bürgermeister und die Beigeordneten der Verbandsgemeinde Eich, die Fraktionsvorsitzenden im Verbandsgemeinderat Eich und der Ortsbürgermeister der Ortsgemeinde Eich gewesen.

Die Ortsgemeinderäte der Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde Eich haben die Vereinbarungen zur Kenntnis genommen und der freiwilligen Gebietsänderung sowie den verstärkten Kooperationen zugestimmt. Im Einzelnen sind die einschlägigen Beschlüsse der Ortsgemeinderäte wie folgt gefasst worden:

Ortsgemeinde Alsheim am 24. Oktober 2011,  
Ortsgemeinde Eich am 21. Oktober 2011,  
Ortsgemeinde Gimsheim am 25. Oktober 2011,  
Ortsgemeinde Hamm am Rhein am 20. Oktober 2011 und  
Ortsgemeinde Mettenheim am 26. Oktober 2011.

Zu einer freiwilligen Gebietsänderung der verbandsfreien Stadt Osthofen und der Verbandsgemeinde Eich haben **Einwohnerversammlungen in Osthofen am 31. Mai 2010** und in Eich am 1. Juni 2010 und am 20. Oktober 2011, in Hamm am Rhein am 19. Oktober 2011, in Alsheim am 21. Oktober 2011, in Gimsheim am 24. Oktober 2011 und in Mettenheim am 25. Oktober 2011 stattgefunden.

**Ferner ist in Osthofen eine von der Kommune initiierte schriftliche Bürgerbefragung in der zweiten Januarhälfte 2011 durchgeführt worden.**

Das Land fördert die freiwillige Bildung der neuen Verbandsgemeinde in erheblichem Umfang.

So hat das Land im Hinblick auf die Gebietsänderungsmaßnahme finanzielle Zuwendungen unter anderem für die Sanierung und den Umbau des vorhandenen, bisher von der Stadtverwaltung Osthofen genutzten Verwaltungsgebäudes in Osthofen, Am Schneller 3, in dem künftig ein Teil der Verbandsgemeindeverwaltung der neuen Verbandsgemeinde untergebracht werden soll, in Aussicht gestellt.

Zudem gibt das Land der neuen Verbandsgemeinde eine einmalige einwohnerbezogene Zuweisung in Höhe von 787 920 Euro.